

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

heute beraten und beschließen wir einen Haushalt, der niemandem leichtfällt – aber einen Haushalt, der notwendig ist. Einen Haushalt, der die Realität unserer Gemeinde abbildet und Verantwortung übernimmt.

Die finanzielle Lage Wöllstadts ist angespannt. Das verschweigen wir nicht. Hohe Belastungen durch Kreis- und Schulumlage, steigende Kosten in der Kinderbetreuung sowie wachsende Personalkosten treffen auf vergleichsweise niedrige Gewerbesteuererinnahmen. Diese Rahmenbedingungen kann die Gemeinde nicht einfach wegdiskutieren.

Gleichzeitig wird im Zusammenhang mit diesem Haushalt immer wieder der Anstieg der Verschuldung kritisiert. Dazu sagen wir als FWG ganz klar: Diese Betrachtung greift zu kurz.

Wöllstadt leidet unter einem erheblichen Sanierungsstau, der sich über rund 20 Jahre aufgebaut hat. In dieser Zeit wurden notwendige Investitionen in Gebäude, Straßen und Infrastruktur immer wieder verschoben oder aus Angst vor Verschuldung gar nicht erst angegangen. Das Ergebnis dieses Stillstands sehen wir heute deutlich – und wir zahlen jetzt den Preis dafür.

Hinzu kommen die Investitionen in das Ärztehaus in Ober-Wöllstadt, die von allen Fraktionen als notwendig angesehen wurden, sowie die Entwicklung des Gewerbegebietes Kalkofen in Nieder-Wöllstadt. Für dieses Gewerbegebiet lagen zwar in früheren Haushalten entsprechende Beschlüsse vor, eine konkrete finanzielle Unterlegung fehlte jedoch, sodass die erforderlichen Finanzmittel erst nachträglich und unvermittelt beschafft werden mussten.

Die steigende Verschuldung ist deshalb keine Folge von leichtfertigen Handeln, sondern die logische Konsequenz davon, dass dringend notwendige Maßnahmen endlich umgesetzt werden. Wer jahrelang nichts investiert, spart nicht – er verschiebt Kosten und überlässt sie der nächsten Generation, meist zu deutlich höheren Beträgen. In der letzten Sitzung wurde selbst darauf hingewiesen, dass Maßnahmen, die früher 40.000 Euro gekostet hätten, heute mit rund 100.000 Euro zu Buche schlagen. Genau das ist die Folge von Aufschieben statt Handeln. Und genau deshalb ist es heute unsere Aufgabe, Entscheidungen nicht weiter zu vertagen – unabhängig davon, wer sie in der Vergangenheit hätte treffen können.

Die FWG steht für einen anderen Weg. Wir sind überzeugt: Stillstand ist keine Lösung. Es ist unsere Verantwortung, die Infrastruktur unserer Gemeinde zu erhalten, zu erneuern und zukunftsfähig aufzustellen.

Dieser Haushalt setzt genau dort an. Er ermöglicht Investitionen in zentrale Bereiche unserer Gemeinde: in Verwaltung, Infrastruktur, Kinderbetreuung, Versorgung und Begegnungsräume. Projekte wie das Bürgerzentrum Wöllstadt, die Sanierung gemeindlicher Einrichtungen, die Weiterentwicklung unserer Ortsteile sowie die Ansiedlung eines Rechenzentrums sind keine Luxusvorhaben – sie sind notwendig, damit Wöllstadt handlungsfähig bleibt.

Dabei ist uns eines besonders wichtig: Ehrlichkeit.

Wir reden die Zahlen nicht schön. Wir machen keine leeren Versprechungen. Wir setzen klare Prioritäten und behalten die langfristige Entwicklung unserer Gemeinde im Blick.

Ein zentraler Punkt dieses Haushalts ist die Grundsteuer. Die im Haushaltsentwurf vorgesehene deutliche Erhöhung der Grundsteuer B bedeutet für viele Eigentümerinnen und Eigentümer sowie für Mieterinnen und Mieter eine spürbare Mehrbelastung. Deshalb sagen wir klar: Steuererhöhungen dürfen nur das letzte Mittel sein.

Bevor Bürgerinnen und Bürger stärker belastet werden, müssen alle vertretbaren Einsparpotenziale geprüft und ausgeschöpft sein. Genau deshalb haben FWG und SPD gemeinsam einen Änderungsantrag eingebracht, um die Ausgaben noch einmal kritisch zu überprüfen und Einsparmöglichkeiten zu identifizieren. Auf dieser Grundlage ist es nun möglich, den Hebesatz der Grundsteuer B auf den niedrigstmöglichen Wert, nämlich auf 698 Punkte festzusetzen, mit dem noch ein rechtssicherer Haushaltsausgleich erreicht werden kann.

Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik: sparsam, transparent und fair gegenüber den Menschen in Wöllstadt.

Gleichzeitig erwarten wir von der Opposition Fairness in der Debatte. Wer heute steigende Schulden kritisiert, muss auch benennen, warum sie entstehen. Verantwortung endet nicht dort, wo man selbst nicht mehr gestalten will.

Die FWG bekennt sich zu diesem Haushalt, weil er Verantwortung übernimmt – für die Gegenwart und für die Zukunft unserer Gemeinde. Er ist kein Wunschkonzert, sondern ein realistischer und notwendiger Schritt, um Wöllstadt wieder auf eine solide Basis zu stellen.

Wir werden diesen Weg weiter kritisch begleiten. Haushaltsdisziplin, Transparenz und klare Prioritätensetzung bleiben für uns zentrale Leitlinien. Aber wir sagen auch klar: Notwendige Investitionen dürfen nicht länger aufgeschoben werden.

Vielen Dank.